

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

**Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags**

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Der deutsch-polnische Konflikt.

Eine Grundlage für neue Verhandlungen?

U. Berlin, 2. März. Wie die Telunion erfährt, glaubt man, in den Verhandlungen, die der deutsche Gesandte in Warschau, Rauscher, mit den zuständigen Stellen des Berliner Auswärtigen Amtes geführt hat, eine Formel gefunden zu haben, die die Aufnahme von deutsch-polnischen Verhandlungen über Ausweisungsfragen ermöglicht.

Nachdem es sich erwiesen hatte, daß die sachlichen Niederlassungsverhandlungen im Rahmen eines Handelsvertrages durch die polnischen Ausweisungen praktisch illusorisch gemacht worden, hatte der deutsche Gesandte bekanntlich in Warschau direkte diplomatische Verhandlungen über die Ausweisungsfrage ange-regt. Von polnischer Seite war demgegenüber geltend gemacht worden, daß, wenn Polen einen Ausweisungsvertrag mit dem Deutschen Reich abschließen, dies auch für die übrigen Staaten und Nachbarländer, mit denen Polen Verträge schließt oder zu schließen beabsichtigt, geschehen müsse. Polen machte seine Souveränitätsrechte geltend und befürchtete offenbar außerdem die Möglichkeit internationaler Prozesse auf Grund eines solchen Ausweisungsabkommens.

Von deutscher Seite wird nun versucht werden, diejenigen Punkte festzulegen, die sich während der Verhandlungen stets als störend erwiesen hatten, d. h. im Komplex der Niederlassungs- und Einreisefragen sowohl in positiver Hinsicht, wie auch hinsichtlich der Frage, wie lange Niederlassung und Reisen von Reichsdeutschen nach Polen dauern, bzw. unter welchen Umständen sie beschränkt oder aufgehoben werden können. Man erwartet, daß in Genf der deutsche Außenminister mit dem polnischen Außenminister zusammenkommen wird und daß nach der Genfer Ratstagung die Verhandlungen in Warschau auf dieser Grundlage beginnen können. Eine Einigung in den genannten wichtigen Fragen ist durchaus möglich. Das Hauptaugenmerk bei den Verhandlungen wird dabei der praktischen Seite dieser Frage zugewandt werden.

Sollte eine Einigung erzielt werden, dann wäre damit die Voraussetzung für die Fortsetzung der sachlichen Handelsvertragsverhandlungen gegeben. Auf welcher Grundlage diese sach-

lichen Verhandlungen weiterzuführen sind, wäre dann Sache eines neuen Kabinettsbeschlusses. Das Reichskabinett hat sich daher mit der Frage der deutsch-polnischen Verhandlungen noch nicht befaßt. Die bisherigen Verhandlungen erfolgten auf der Grundlage der noch von dem letzten Kabinett gegebenen Richtlinien.

Die polnisch-russischen Beziehungen.

U. Moskau, 2. März. Anlässlich seines Besuches in Leningrad erklärte der polnische Gesandte in Moskau, Patek, Pressevertretern gegenüber, daß die Art, in der die russische und die polnische Presse über die Ereignisse in ihrem Nachbarlande berichteten, keine gute Hilfe für eine gegenseitige Verständigung der beiden Länder leiste. Die Methode der Drohungen sei nicht dazu angetan, ein harmonisches Nachbarverhältnis herbeizuführen. Wirtschaftlich und kulturelle Zusammenarbeit sei für beide Länder gleich notwendig. Die Frage eines Garantiepaktes zwischen den beiden Ländern stehe auf der Tagesordnung sowohl der polnischen wie auch der russischen Diplomatie und das sei ein einfacher und selbstverständlicher Akt, der keine Schwierigkeiten bereite. Die in dieser Hinsicht entstandenen Verwicklungen seien lediglich technischer Natur. Polen und Rußland seien Nachbarn, die eine große Grenzlinie hätten und gut nachbarlich zusammen leben müßten.

Die „Zwetschka“ bemerkt zu den Erklärungen Pateks, daß eine wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der beiden Länder nur denkbar sei, wenn auch das politische Verhältnis geklärt sei. Rußland habe den ersten Schritt dazu getan, indem Tschitscherin anlässlich seines Besuches in Warschau im Jahre 1925 den Abschluß eines Paktes vorgeschlagen habe. Auch später habe die Sowjetunion diesen Versuch wiederholt. So habe die Sowjetregierung im August 1926 der polnischen Regierung den Abschluß eines Garantiepaktes erneut vorgeschlagen. Sollte es Patek mit seinen Ausführungen ernst meinen, dann müsse man, so erklärt die „Zwetschka“ zum Schluß, schleunigst an die Verwirklichung dieses Vorschlages herantreten.

Französisches Abkommen mit Amerika.

Ein Erfolg der Schuldenpolitik Poincarés.

Amerika nimmt Poincarés Schuldentregulierungsvorschlag an. **U. Paris, 2. März.** Wie offiziell bestätigt wird, hat das amerikanische Schatzamt der französischen Regierung mitgeteilt, daß es den Vorschlag Poincarés annehme, Abschlagszahlungen auf die französische Kriegsschuld an Amerika in Höhe der im Mellon-Bereinger-Abkommen vorgesehenen Raten vorläufig während zweier Jahre zu zahlen. Man erwartet, daß das Abkommen hierüber bereits in den nächsten Tagen unterzeichnet wird.

Das französische Finanzministerium veröffentlicht das provisorische französisch-amerikanische Abkommen, das den Zahlungsmodus für die Schulden Frankreichs an die Vereinigten Staaten regelt. In dem Communiqué heißt es u. a.:

Die französische Regierung wird der Regierung der Vereinigten Staaten am 5. Juni 1927 eine Summe von 10 Millionen Dollar überweisen. Wenn ein Abkommen zur Konsolidierung der Schulden von dem Kongreß der Vereinigten Staaten und dem französischen Parlament ratifiziert werden wird, wird die genannte Summe von 10 Millionen Dollar auf die in einem solchen Abkommen vorgesehenen Jahreszahlungen geschlagen. Die französische Regierung wird die Zahlungen auf Rechnung für die Kriegslager gemäß den französischen Verpflichtungen fortsetzen. Das gegenwärtige Abkommen greift in nichts der Ratifizierung vor.

Günstige Aufnahme des Abkommens in Amerika.

U. London, 2. März. Einer Havasmeldung aus Washington zufolge hat die Nachricht über den Abschluß des französisch-amerikanischen Schuldenabkommens in den Vereinigten Staaten einen günstigen Eindruck ausgelöst. Man nimmt an, daß nunmehr die Finanzgesundheit in Frankreich erleichtert werde.

Der Beginn der

Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich.

U. Paris, 2. März. Gestern vormittag 11 Uhr begab sich der Führer der deutschen Handelsvertragsdelegation, Ministerialdirektor Posse, in das Handelsministerium, wo er vom Handelsminister Bokanowski, dem Direktor der Handelsverträge Cerrans und den Mitgliedern der französischen Delegation empfangen wurde. Es handelte sich hier um die erste Fühlungnahme der Parteien. Nach Beendigung der Unterredung gab der Handelsminister beiden Delegationen ein Frühstück. Um 4 Uhr wurden die Verhandlungen im Handelsministerium fortgesetzt.

Ueber die gestrigen Verhandlungen wurde von deutscher Seite folgender

amtlicher Bericht

herausgegeben:

Die deutsche und französische Delegation haben am 1. März vormittags eine erste Sitzung im Handelsministerium unter Vorsitz des französischen Handelsministers Bokanowski abgehalten. Es besteht Einverständnis darüber, in den ersten Sitzungen eine beschleunigte Prüfung der Grundlagen des zur Verhandlung stehenden Vertrages vorzunehmen. Zu diesem Zweck sind am gleichen Tage nachmittags Besprechungen eingeleitet worden.

Wie die Telunion erfährt, haben die deutschen und französischen Delegierten für die Wirtschaftsverhandlungen mit einer Diskussion der Fragen allgemeiner Natur begonnen. Bereits die erste Fühlungnahme hat, wie von deutscher Seite versichert wird, den ersten Willen beider Parteien gezeigt, in sachlicher Zusammenarbeit über die Schwierigkeiten hinwegzukommen, die keineswegs unterschätzt werden dürfen. Wenn man sich dessen erinnert, mit welcher Mühe die Verlängerung

Tages-Spiegel.

Durch Bemühungen von deutscher Seite ist in dem Konflikt mit Polen eine neue Verhandlungsbasis in der Ausweisungsfrage geschaffen worden; die weiteren Schritte bleiben den sich in Genf begegnenden Außenministern beider Länder vorbehalten.

Der deutsche Gesandte Rauscher ist gestern abend nach Warschau zurückgekehrt.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsbesprechungen sind gestern in Paris wieder aufgenommen worden.

Botschafter von Hoesch wird am Donnerstag nach Paris zurückkehren und mit Briand vor dessen Abreise nach Genf eine Besprechung haben.

Die französischen Verhandlungen mit Amerika über die Kriegsschulden sind gestern durch die Unterzeichnung einer Vereinbarung zum Abschluß gekommen.

In England haben zwei schwere Sturmkatastrophen zahlreiche Opfer gefordert.

Durch eine Schlagwetterexplosion in einer Zeche bei Hamn wurden 25 Bergarbeiter schwer verletzt.

des Provisoriums zustande gekommen ist, die fast im letzten Augenblick an den französischen Forderungen gescheitert wäre, so wird man sich klar, wie schwierig und langwierig sich die neuen Verhandlungen gestalten können, für die ein Zeitraum von nur 3 Monaten vorgesehen ist. Als sachliche Unterlagen werden im wesentlichen die neuen französischen Zolltarife dienen, die demnächst in der Kammer zur Beratung gelangen. Ob sie noch Änderungen erfahren werden, läßt sich zurzeit noch nicht genau voraussagen, doch werden sie in ihrer gegenwärtigen Gestalt auf deutscher Seite als eine Unterlage bezeichnet, die eine Einigung ermöglichen kann, wenn auch an dem neuen Zolltarif vom deutschen Standpunkte aus sehr viel anzusetzen ist. Die Aufgabe der deutschen Delegation ist in Anbetracht des Zolltarifes sehr schwierig, sie wird allerdings durch die Tatsache erleichtert, daß der französischen Regierung wesentlich mehr am Abschluß eines deutsch-französischen Wirtschaftsvertrages liegt als Deutschland.

Noch kein Kompromiß in der Saarfrage.

U. Berlin, 2. März. Wie die Telunion von zuständiger Seite erfährt, sind die Verhandlungen über die Saarfrage noch immer im Stadium der vorbereitenden Fühlungnahme. Ein Kompromiß läßt sich zurzeit entgegen den im Ausland verbreiteten Meinungen noch nicht absehen. Dies geht schon daraus hervor, daß die Saarfrage zweifellos im Mittelpunkt der Erörterungen zwischen Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Staatssekretär Schubert stehen wird. Staatssekretär Schubert begab sich gestern am späten Abend nach San Remo. Insbesondere besteht keinerlei Verbindung zwischen der Frage der Besetzung der Regierungskommission des Saargebietes bzw. des Vorzuges und der Frage der Beibehaltung eines Bahnschutzes in Ablösung der Besatzungstruppen. Weder der Bahnschutz noch eine besondere Kommission zur Organisierung dieses Bahnschutzes finden im Versailler Vertrag irgend eine Stütze. Man steht jedoch deutscherseits auf dem Standpunkt, daß die Frage des Abzuges der Besatzungstruppen aus dem Saargebiet lange genug verschleppt worden ist und nun endlich in Genf zur Lösung kommen muß.

Volksbegehren für Aufwertung?

U. Berlin, 2. März. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Aufwertungsgeschädigten und Mieterorganisationen hat dem Reichsinnenminister den Entwurf eines „Gesetzes zur Wiederherstellung des Volkvermögens“ eingereicht und den Antrag gestellt, ihn zum Gegenstand eines Volksbegehrens zu machen. Die Unterschriftensammlung für den Antrag, die bekanntlich im November vorigen Jahres begonnen hat, hat weit mehr Unterschriften als die erforderliche Zahl ergeben.

Um das Arbeitszeitnotgesetz.

Protest aus dem Reichswirtschaftsrat.

III. Berlin, 1. März. Wie der Deutsche Handelsdienst erfährt, gab in der am 26. Februar stattgefundenen Sitzung des Arbeitszeitgesetzesausschusses des Reichswirtschaftsrates die Abteilung 1 (Arbeitgeber) folgende Erklärung ab:

1. Sie hält die Voraussetzung für ein Notgesetz, das dem Arbeitszeitgesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen betreffend die Arbeitszeit vorgeht, weder nach Anlaß noch nach Zweck für gegeben.

2. Der Reichsarbeitsminister hat den Gesetzentwurf erst am gestrigen Tage mit der Erklärung zur Kenntnis gebracht, daß er das Gutachten des Reichswirtschaftsrates nicht abwarten könne. Zu der hiernach auch dem Reichsarbeitsminister unerläßlich erscheinenden sorgfältigen Durchberatung fehlt tatsächlich die notwendige Zeit. Eine überreife Durchberatung lehnt die Abteilung 1 ab.

Lohnforderungen der Eisenbahn- und Reichsarbeiter.

III. Berlin, 1. März. Wie die Telunion erfährt, sind gestern bei der Reichsbahn und bei den Reichsbehörden die Lohnkündigungen der Eisenbahn- und Reichsarbeiter eingetroffen, in denen um Anberaumung von Verhandlungen in der nächsten Zeit ersucht wird. Die neuen Lohnforderungen werden in erster Linie mit den Erhöhungen der Mieten begründet. Die Gewerkschaften betonen, daß das Steigen der Reichsrichtziffern nicht zum wenigsten durch die unaufhörliche Hinausschraubung der Mieten herbeigeführt worden sei und daß die zum April angekündigten neuen Mietserhöhungen nach dieser Richtung hin weiter verschärfend wirken müßten.

Aufhebung einer kommunistischen Organisation in Ungarn.

III. Budapest, 1. März. Die ungarische politische Polizei hat eine weit verzweigte kommunistische Organisation aufgehoben, die unter Leitung des aus Rußland heimlich zurückgekehrten früheren Volkskommissars Szanto seit einem Jahre arbeitete. Szanto lebte in Budapest völlig zurückgezogen und nannte sich unter falschem Namen „Hochschullehrer“. Seine Aufgabe sah er darin, ganz Ungarn mit einem Netz von kommunistischen Zellen zu versehen. In diesem Zusammenhang hatte er ungarische Zeitungen und Druckschriften in Wien hergestellt und auf Schmuggelwegen nach Ungarn hineinbringen lassen. Auch die sozialistische Vagi-Partei soll er unterstützt haben. Seine Geldquellen soll er in Moskau gehabt haben. Szanto wurde auf der Flucht ins Ausland an der Grenze verhaftet. In Budapest wurden 50 seiner Anhänger festgenommen. Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in dieser Angelegenheit, vor allem in der Provinz, sind noch im Gange.

Kleine politische Nachrichten.

Kranzniederlegung am Grabe Eberts. Zum Gedächtnis des Reichspräsidenten Ebert, dessen Todestag sich am 28. Februar zum zweitenmal jährte, ließen der Reichskanzler und die Reichsregierung an seinem Grabe auf dem Bergfriedhof in Heidelberg einen Kranz mit den Reichsfarben niederlegen.

Die Berliner Aufenthaltserlaubnis für die Interalliierte Militärkontrollkommission abgelassen. Nach der Auflösung der I.M.A.K. hatten deren Mitglieder die Erlaubnis, noch einige Zeit in Berlin zu bleiben. Diese Frist ist nunmehr abgelassen.

Ausprache mit Vertretern der Saargewerkschaften. In Berlin fand zwischen Vertretern der beteiligten Reichsministerien und den Vertretern der Saargewerkschaften eine informative Aussprache statt, zu der auch ein Vertreter des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie erschienen war. Besprochen wurden die mit der Niederschlagung der Saarzölle zusammenhängenden Fragen, sowie auch Fragen der Sozialversicherung.

Keine franz. Pontonübungen mehr am Rhein. Die Rheinlandkommission hat auf einen Protest des Reichskommissars mitgeteilt, daß nach einer vorläufigen Anordnung des französischen Armeekommandanten im Jahre 1927 von den früher vorgenommenen Pontonübungen über den Rhein im Interesse des rheinischen Fremdenverkehrs Abstand genommen werden soll. Auch St. Goar soll nicht mehr mit zwei Pontonkommandos belegt werden.

Der polnische Auswandererrat verlangt Schutz der Saisonarbeiter in Deutschland. Der staatliche Auswandererrat der sich mit der Frage der Saisonarbeiterwanderung nach Deutschland befaßt, hat beschlossen, die Regierung zu ersuchen, bei der Ausweisung polnischer Arbeiter aus Deutschland weiterhin energisch zu intervenieren und schleunigst ein Dekret über den Schutz des inländischen Arbeitsmarktes in Kraft zu setzen. Dieses Gesetz soll sich vor allem gegen die Angehörigen der Staaten richten, die in ihrem Lande die Erwerbsmöglichkeit polnischer Arbeiter beschränken.

Konferenz der Kleinen Entente. Die Konferenz der Kleinen Entente tritt erst im April in Preßburg zusammen, da sich Außenminister Benesch an den Märzberatungen des Völkerbundes beteiligen muß und der jugoslawische Außenminister im März wegen parlamentarischer Arbeiten nicht von Belgrad abkommen kann.

Einheitsfront von Nord- und Südchina gegen England. Wie der Lokalanzeiger aus Schanghai meldet, erließ der Befehlshaber der Südmarine, General Tchangkai-sche, eine Proklamation, daß er keinesfalls die Schantungstruppen in Schanghai anzugreifen gedenke, da die diplomatischen Verhandlungen über eine Einigung von Nord- und Südchina zur gemeinsamen Abwehrfront gegen England dicht vor dem Abschluß ständen.

Der Protektorsvertrag von dem Kongreß von Nicaragua angenommen. Präsident Diaz verlas vor dem Kongreß von Nicaragua eine Botschaft, in der er auch den angebotenen

„Bündnisvertrag“ verteidigte. Nach kurzer Aussprache erfolgte die Annahme des Vertrags. Präsident Sacasa erklärte, daß er bis zum äußersten weiterkämpfen werde.

Aus aller Welt.

Nach 18 Jahren wieder Karneval in Köln.

Nach 18 Jahren der Pause hat Prinz Karneval sein Regiment der berühmten drei Tage wieder angetreten. Bereits am Samstag herrschte in sämtlichen Gaststätten Kölns ein geradezu lebensgefährliches Karnevalsgetriebe. In den Kölner Verkehrsstraßen der Innenstadt, wo Tausende von Fremden Karneval feierten und dafür reichlich Geld ausgaben, war von den schlechten Zeiten nichts zu merken. Anders dagegen in den abgelegenen Vierteln der Stadt, wo der altertümliche Volkskarneval wurzelt. Wenn auch hier Andrang und Stimmung nichts zu wünschen übrig ließen, bemerkte man doch beim Geldausgeben eine gewisse Zurückhaltung. Den Höhepunkt des Kölner Karnevals brachte der Rosenmontag, der sich schon am frühen Morgen durch umherziehende Musikkorps recht bemerkbar machte.

Die neue „Schlesien“ Artillerieveruchsschiff.

Am Montag nahm die Besatzung des jetzt außer Dienst gestellten Linienschiffes „Hannover“ in einem feierlichen Gottesdienst von ihrem alten Schiff Abschied. Marineparrer Feipfer, der während des Krieges die Seelsorge auf der „Hannover“ ausgeübt hatte, wies in seiner Abschiedsrede darauf hin, daß die „Hannover“ im Kriege in der Skagerrakschlacht, im Frieden auf ihren Auslandsfahrten und im Kampfe gegen das Ostsee-Eis hervorragendes geleistet habe. Daß die junge Reichsmarine die Traditionen bewahrt, habe so recht die Besatzung der „Hannover“ empfunden. Gestern wurde mit der offiziellen Außerdienststellung der „Hannover“ auf dem modernisierten Linienschiff „Schlesien“ die neue Flagge hochgezogen. Das neue Schiff erhält seine besondere Bedeutung dadurch, daß sich 4 Artillerieoffiziere der Linienschiffstation zu Artillerieveruchszwecken an Bord befinden werden.

Württ. Landtag.

Eine Reichsgerichtsentscheidung zum württ. Ministergesetz.

Da im Finanzanschuß von verschiedenen Seiten Wünsche nach einer klaren und übersichtlichen Fassung des Ministergesetzes vorgebracht worden sind, so hat das Staatsministerium in seiner Sitzung vom 21. Februar eine neue Fassung beschlossen, die dem Finanzanschuß in seiner zweiten Lesung des Ministergesetzes überreicht wird. Mit der förmlichen Aenderung des Gesetzes sind einige materielle Aenderungen verbunden, die der Staatspräsident in der zweiten Lesung mündlich darlegen wird. Zu der Frage, ob das Landesgesetz befugt ist, den Bestimmungen rückwirkende Kraft zu geben, hat das Staatsministerium beschlossen, unmittelbar nach der Verabschiedung des Gesetzes das Reichsgericht gemäß Artikel 13 der Reichsverfassung um Entscheidung zu bitten. Der Streit, um den es sich hier handelt, ist in anderen Fragen überall in Deutschland aufgetreten. Um eine vollkommen klare Rechtslage herbeizuführen, hat deshalb das Staatsministerium beschlossen, dem Reichsgericht folgende Fragen zu unterbreiten: 1. Ist es zulässig, dem Gesetz rückwirkende Kraft für die früheren königlichen Minister nach den Bestimmungen des Artikel 13 des neuen Entwurfs zu geben? 2. Ist es zulässig, dem Gesetz rückwirkende Kraft für diejenigen parlamentarischen Minister zu geben, denen beim Inkrafttreten des Gesetzes bereits ein Anspruch auf Ruhegehalt auf Grund früherer Vorschriften erwachsen oder genehmigt ist? 3. Ist es zulässig, dem Gesetz rückwirkende Kraft für diejenigen Minister zu geben, die bei seinem Inkrafttreten noch aktive Minister sind, aber vorher als Minister berufen worden sind? — Das Staatsministerium hat außerdem beschlossen, vor dem Bekanntwerden der Entscheidung des Reichsgerichts in der Zahlung der bisherigen Beträge keinerlei Aenderung eintreten zu lassen, sofern der Landtag sich hiermit einverstanden erklärt.

Die Ergebnisse des württ. Staatshaushalts vom Rechnungsjahr 1924.

Das Finanzministerium hat dem Präsidium des Landtags eine Nachweisung der Rechnungsergebnisse des Staatshaushalts vom Rechnungsjahr 1924 vorgelegt. Danach betragen im ordentlichen Dienst der laufenden Verwaltung die Reineinnahmen 123 618 478,17 Mark, die Reineinnahmen 102 782 226,71 M. Somit bezifferte sich die bare Mehreinnahme auf 20 836 251,46 M. Der Mehrbetrag der Ausgaben betrug 3 886 390,79 M. Demzufolge stellte sich die Mehreinnahme (Ueberschuß) auf 16 949 860,67 M. Der Voranschlag für das Jahr 1924 hatte einen Fehlbetrag von 9 763 891 M. vorausgesehen. Die Restverwaltung hatte am 31. März 1925 ein Vermögen von 11 972 207,84 M., das indessen durch das Staatshaushaltsgesetz für 1926/27 ganz dem außerordentlichen Dienst für 1926 und 1927 zugewiesen worden ist. Die Betriebsmittel der einzelnen Staatsanstalten und Staatsbetriebe bezifferten sich am 31. März 1925 auf 3 688 525,51 M. Dieses Vermögen ist den betreffenden Anstalten und Verwaltungen für den Weiterbetrieb verblieben.

Aus Württemberg.

Die Tätigkeit der Landw. Genossenschafts-Zentralkasse Stuttgart im Jahre 1926.

Auf dem Gebiet des Geld- und Kreditwesens hat die landwirtschaftliche Genossenschafts-Organisation in jahrzehntelanger erspriesslicher und gemeinnütziger Arbeit in der Vorkriegszeit um die Hebung und die Förderung der Landwirtschaft große Verdienste aufzuweisen. Durch das dichte Netz von örtlichen Darlehenskassenvereinen, das sich über das ganze Land ausbreitet, sind die landwirtschaftlichen Kreise von der Organisati-

tion weithin erfaßt; auch ist das auf dem Lande bodenständige Handwerk und Gewerbe zum größten Teil in diese einbezogen. Wenn auch durch die Auswirkungen der Inflation den Kreditgenossenschaften stark zugefügt worden ist, so war es doch möglich, die in langer Friedensarbeit geschaffene und gut ausgebaute Genossenschaftsorganisation in ihrem Bestande unverfehrt zu erhalten und in die Zeit der stabilen Währung überzuführen.

Schon sehr bald nach dieser kritischen Zeit ist es erfreulicherweise und in überraschendem Maße gelungen, die Kreditgenossenschaften wieder zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte zu bringen und zur Aufnahme ihrer die Wirtschaft befruchtenden Tätigkeit zu befähigen.

Als Spigenorganisation für die landwirtschaftliche genossenschaftliche Kreditversorgung ist die landwirtschaftliche Genossenschafts-Zentralkasse, e. G. m. b. H., eingerichtet, die seit dem Jahre 1893 besteht und deren Verdienst es ist, wie schon vor dem Kriege und während desselben, so auch nach der Inflationszeit, den geregelten Geldausgleich und die Kreditversorgung der ihr angeschlossenen Genossenschaften bezw. deren Mitglieder in geordnete Bahnen gebracht zu haben.

Es betrug 1926 der Gesamtumsatz der Zentralkasse rund 912 Millionen Mark; die an die angeschlossenen Genossenschaften eingeräumten Kredite rund 32 Millionen Mk. Der Ueberweisungs- und Scheckverkehr hat sich in den letzten Jahren in ganz außerordentlicher Weise entwickelt und ist heute bei sämtlichen Darlehenskassenvereinen eingeführt. Das Wechsel- und Diskontgeschäft weist ebenfalls entsprechend der fortschreitenden Belebung der Wirtschaft eine wesentliche Steigerung auf. Der Einlagebestand an Depositen, Spargeldern und in laufender Rechnung zeigt erfreulich starke Anläufe einer neuen Kapitalbildung; diese Einlagen beziffern sich bei den angeschlossenen Darlehenskassenvereinen insgesamt auf rund 50 Millionen Mark. Dem Aufwertungsfonds konnten weitere Zuweisungen gemacht werden, so daß derselbe auf über 800 000 Mark angewachsen ist. Die Zahl der angeschlossenen Genossenschaften betrug auf Jahreschluß 1926: 1650, worunter 1462 Darlehenskassenvereine und 188 sonstige landwirtschaftliche Genossenschaften.

Das Geschäftsergebnis (Reingewinn) der landw. Genossenschafts-Zentralkasse wird für 1926 ein dem Geschäftsumfang angemessenes sein und sich etwa auf der gleichen Höhe wie im vorangegangenen Jahre bewegen. (Reingewinn 1925: 187 952,09 Mark.)

Rundgebung des württ. Mittelstandsbundes für Handel und Gewerbe.

Der Württ. Mittelstandsbund für Handel und Gewerbe und zahlreiche andere Gewerbevereinigungen veranstalteten in Stuttgart eine aus dem ganzen Lande sehr gut besuchte große Rundgebung für eine gesetzliche Regelung des Ladenschlusses der Warenderkaufsstände auf den Bahnhöfen. Das Hauptreferat hielt Richard Horch-Stuttgart. Er erklärte, daß die bestehenden Zustände auf dem Gebiet des Bahnhofhandels sich allmählich zu einem öffentlichen Skandal auswachsen. Die Reichsbahn erblicke in den Bahnhofsverkaufsständen nur eine Möglichkeit zu weiterem Gelderwerb. Dieser Zustand ist unhaltbar. Man kann fast von einem staatlich privilegierten unlauteren Wettbewerb sprechen. Nicht des reisenden Publikums, sondern des Gewinnes wegen bewilligt die Reichsbahn die Bahnhofsverkaufsstände und Verkaufsautomaten. Die neuen Richtlinien des Reichsrats bringen keine Besserung. Einer solchen Verwilderung der Gerechtigkeitbegriffe und Geschäftssitte muß entgegengetreten werden. In der Aussprache wies Rechtsanwalt Singer-Stuttgart auf das große Interesse des reisenden Publikums an der Aufrechterhaltung der Verkaufsstände hin. Die Verkäufe seien zudem unbedeutend. Es handle sich auch um ein Reichsgesetz von internationalem Charakter. Sodann wurde folgende Entschließung angenommen: Die am 27. Februar in Stuttgart zahlreich versammelten Angehörigen des selbständigen Handels und Gewerbes und der Handlungsgehilfenschaft lehnen die vom Reichsrat am 2. Dezember 1926 aufgestellten Richtlinien für die Behandlung der Bahnhofsverkaufsstände entschieden ab. Sie verlangen die Regelung dieser Angelegenheit auf gesetzlichem Wege, d. h. daß die in Bahnhofsgeländen und auf den Bahnhofsgebäuden untergebrachten Verkaufsstände insoweit in die Gewerbeordnung einbezogen werden, als es sich um die Bestimmungen über die Sonntagsruhe und den Ladenschluß sowie um die Angestellten-Schutzbestimmungen handelt. Richtlinien genügen nicht, um die seitherigen, die selbständigen Handel- und Gewerbetreibenden der in Betracht kommenden Branchen, und die Handlungsgehilfen auf das schwerste schädigenden Mißstände zu beseitigen, die diesen durch die zeitlich unbeschränkten Verkäufe von Waren durch die Bahnhofsverkaufsstände vor den Sperren entstehen. Der Begriff und die Auslegung von „Nichtlinien“ überhaupt seitens der verschiedenen amtlichen Stellen ist derart unterschiedlich, und dehnbar, so daß durch diese Richtlinien nicht von einer Maßnahme gesprochen werden kann, welche die Interessen des selbständigen Handels und Gewerbes und der Handlungsgehilfen zu schützen geeignet ist. Wir fordern daher nach wie vor die Regelung dieser Angelegenheit auf gesetzlichem Wege, entsprechend dem vom Reichstag am 5. Februar 1926 einstimmig angenommenen Beschluß, so daß jeder Verkauf von Waren auf Bahnhöfen, der nicht unmittelbar dem Bedürfnis der Reisenden dient, der Reichsgewerbeordnung unterstellt wird.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 2. März 1927.

Der März.

Märzenwind, Märzschnee und Märzsonne, die ganze Eigenartigkeit des Uebergangstadiums vom Winter zum Frühling geben diesem nach deutscher Sitte Lenz- oder Frühlingmonat genannten Jahreszwölftel ebenso sein charakteristisches Gepräge, wie die sprunghaften Wetterlaunen dem April, dem übrigens in Bezug auf Launenhaftigkeit der März oft nicht nachsteht. Das zwiespältige Wesen dieses Monats, der erbitterte Kampf der Naturgewalten des Frühling und des Winters um die Oberhand, trägt in sich etwas Aufreißerisches, Aufwühlendes, Revolutionäres. Die Stürme, die draußen über Täler und Höhen, über Feld und Wald dahinrasen, erwecken in der menschlichen Brust ein starkes Echo; das wuchert sich emporschwingende neue Leben weist gleichsam Feuerbrände ins Blut. Die alten Römer gaben dieser Auffassung dadurch Ausdruck, daß sie den März, ihren ersten Monat, dem stürmenden, kampflustigen Gott des Krieges, dem Martius, weihten. Den ersten Kecken Frühlingboten in der Flora, die sich schon im Februar ans wärmere werdende Sonnenlicht wagten, reißt der März eine Reihe weiterer duftender Herolde schönerer Tage an. Seine Stürme läuten den Frühling ein.

Der Stuttgarter Stadthaushaltsplan für 1927.

Der Haushaltsplan der Stadt Stuttgart für das Jahr 1927 liegt jetzt gedruckt vor. In dem Vorwort des Oberbürgermeisters wird gegenüber den Betrachtungen über die Vermehrung des Besitzstandes der Stadt darauf hingewiesen, daß gegenüber den Verhältnissen der Vorkriegszeit die Lasten der Stadt bedeutend gestiegen sind, daß insbesondere ihre Verpflichtungen auf dem Gebiet des Wohlfahrts- und Fürsorgewesens im Jahre 1914 1,3 Millionen betragen und im neuen Etat auf 10,1 Millionen gestiegen sind. Auch nach der Seite des Schuldendienstes ist keine Erleichterung vorhanden, und der außerordentliche Haushaltsplan läßt erkennen, daß auf Anleihe 25 Millionen Mark genommen werden müssen. Die Ausgaben betragen 118 653 700, die Einnahmen 116 887 700 Mark. Der Voranschlag für 1927 weist somit einen ungedeckten Abmangel von 1,766 Millionen auf, eine gegenüber dem letzten Jahr mit seinem ungedeckten Fehlbetrag von 4,464 Millionen bemerkenswert geringe Summe. Vorge schlagen ist die Beibehaltung des bisherigen Umlagesatzes von 15 Proz. Für das Rechnungsjahr 1927 wird in dem Vorwort als Endergebnis festgehalten, daß die im Jahr 1926 eingesezten Reserven für 1927 nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Der Fehlbetrag für das kommende Jahr hat erheblich größere Aussicht, ein wichtiger zu werden. Was die Ausgaben in Einzelnen anbelangt, so erfordert die allgemeine Verwaltung einen Zuschuß von 4 745 500, die Polizei einen solchen von 2 890 000, der Tiefbau 6 510 900, Erziehung und Bildung 7 959 000, Wohlfahrtspflege und Gesundheitspflege 12 780 400, Betriebe und Unternehmungen 1 527 500, Finanzverwaltung 6 932 800 Mark. Insgesamt macht der Zuschuß 43 346 100 Mk. aus. Dagegen ergibt sich aus Steneru usw. ein Ueberschuß von 41 580 100 Mark. Der Haushaltsplan des außerordentlichen Dienstes sieht einen Gesamtbedarf von 33 050 900 Mark vor.

Das kommende Wohnungsbauprogramm.

Kürzlich fanden in Berlin mit den Vertretern der Länder, Gemeinden und Realkreditinstitute seitens der zuständigen Reichsstellen eingehende Besprechungen über die Vorbereitung des Wohnungsbauprogramms für das Jahr 1927 statt. Hiernach wird auch für das laufende Jahr der Wohnungsbau in der Hauptsache aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer finanziert werden. Daneben ist eine erhöhte Inanspruchnahme des Privatkapitals vorgesehen, das mit 40—60 Prozent zur finanziellen Sicherstellung der Neubauten herangezogen werden soll. In der Hauptsache sollen kleinere und billigere Wohnungen zur Ausführung gelangen. Für diese Neubauten wird eine Miete in Höhe von 150 Prozent der Friedensmiete angestrebt. Ebenso besteht die Absicht, die allmähliche Angleichung der Mietmieten an die für Wohnungen in Neubauten herbeizuführen.

Mit einer Steigerung der Mietmieten auf 120 Prozent der Friedensmiete muß in Kürze gerechnet werden.

Wetter für Donnerstag und Freitag.

Die Wetterlage hat sich nicht geändert. Die Depression über Großbritannien besteht fort. Für Donnerstag und Freitag ist zeitweise bedecktes, aber nur wenig regnerisches Wetter zu erwarten.

*

SB. Weil der Stadt, 1. März. Wieder fällt ein altes Naturdenkmal! Die 200jährige Linde auf dem Kirchplatz soll fallen; morsch und teilweise hohl, gefährdet sie die Umgebung. Vom Landesamt für Denkmalpflege veranlaßt, fällt Forstmeister Schlicher von Leonberg das Todesurteil über den riesigen Baum, der ein wesentlicher Bestandteil des monumentalen Baumwerks unseres Münsters zu sein schien. Weithin war von Süden und Westen dieser einzig grüne Fleck im Dächergewirr des alten Städtchens zu sehen.

SB. Bondorf, DA. Herrenberg, 1. März. Der am 29. Oktober 1926 auf der herzoglichen Domäne Niederreuthin, Gemeinde Bondorf abgebrannte, dem Domänenpächter Ruoff gehörige Maschinenschuppen ist in vergangener Woche an anderer Stelle wieder aufgebaut worden und war bereits mit Dachplatten bedeckt, nur die Verschalung fehlte noch. Dieser Schuppen ist nun vorgestern nachmittag einem Wirbelsturm zum Opfer gefallen, der sämtliche, darunter befindliche landwirtschaftliche Maschinen beschädigt hat. Der Schaden beläuft sich auf über 5000 M. Der dem herzoglichen Rentamt Stuttgart gehörige, ebenfalls abgebrannte Getreideschuppen wird zurzeit aufgeschlagen.

SB. Wammweil, DA. Reutlingen, 1. März. Am Ortseingang von Wammweil ereignete sich am Samstagabend ein schwerer Autounfall. Das einer Tübingen Firma gehörige Lastrauto kam von Reutlingen her und fuhr, wie wir erfahren, im vorgeschriebenen Tempo. Am Ortseingang ist bekanntlich eine scharfe Kurve. Das Steuer verlagte anscheinend. Der Wagen kam dadurch ins Rutschen und stürzte kopfüber in den Straßengraben. Das mit drei Personen besetzte Auto deckte die auf dem Fahrersitz Befindlichen vollständig zu, wobei ein 24 Jahre altes Fräulein so schwer verletzt wurde, daß es bald darauf starb. Die zwei jüngeren Leute, von denen der eine schwerer, der andere nur leichter verletzt wurde, wurden in das Bezirkskrankenhaus nach Reutlingen verbracht. Beide wären wohl unter dem Auto erstickt, wenn nicht rasche Hilfe von seiten der Wammweiler Einwohnerschaft zur Stelle gewesen wäre.

SB. Freudenstadt, 1. März. Die Holzhauerobmänner, Geldrechner und Betriebsräte der Staatsholzhauer des Bezirks Freudenstadt haben am vergangenen Sonntag in einer sehr stark besuchten Versammlung in Baiersbrunn die Verlegung des Staatsrentamts Freudenstadt Protest erhoben.

SB. Schramberg, 28. Febr. Anlässlich seiner silbernen Hochzeitsfeier wurde Fabrikdirektor Erwin Junghans, der sich um die hiesige Industrie große Verdienste erworben hat und auch dem Gemeindevorstand im 25. Jahre angehört, der Ehrenbürgerbrief der Stadt und seiner Gattin eine Dankadresse der Stadtverwaltung für ihre Bemühungen auf dem Gebiet der Jugendpflege, der Schule und der sozialen Fürsorge überreicht.

SB. Herbrechtingen, DA. Heidenheim, 1. März. Landwirt Vogel von Eßelsburg wurde an der Halde zwischen Eßelsburg und Herbrechtingen tot aus der Brenz gezogen. Es wird vermutet, daß Vogel nachts dem Weg abkam und durch Sturz in die Brenz verunglückte. Kurz vor Mitternacht wurde er hier noch gesehen. Gewisse Anzeichen lassen auch die Vermutung offen, daß Vogel mit Gewalt in die Brenz gestoßen wurde. Nähere Erhebungen sind im Gange. Eine Gerichtskommission nahm die Leiche in Angensheim.

SB. Ellwangen, 1. März. Mit dem 1. März d. J. ist vollends in allen Gemeinden des Oberamtsbezirks Ellwangen, mit Ausnahme der Oberamtsstadt selbst, die Geltung des Wohnungsmangelgesetzes und der dazu ergangenen Durchführungsvorschriften aufgehoben und damit ein erheblicher Fortschritt zum Uebergang in die freie Wirtschaft im Wohnungswesen gemacht worden.

SB. Mochenwangen, DA. Ravensburg, 1. März. Mit Beginn dieser Woche sollten die Reparaturarbeiten am Kanal beim Sägewerk der Gebr. Müller in Angriff genommen werden. Das Hochwasser des vorigen Jahres hatte hier besonders die Wehranlage unterwühlt und teilweise eingerissen. Nun ist am Sonntag die Kanalmauer und die darüber befindliche Fahrstraße zur Fabrik in einer Ausdehnung von etwa 15 Meter eingestürzt. Glücklicherweise war der vielbenutzte Gehweg von Passanten frei. Von der Polizei wurde die Stelle sofort abgesperrt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefkurse

100 holl. Gulden.	169,12
100 franz. Franken	16,52
100. Schweiz. Franken	81,24

Börsenbericht.

SB Stuttgart, 1. März. Auch heute herrschte an der Börse geringes Geschäft. Die Kurse konnten sich teilweise von den Verlusten der letzten Tage etwas erholen.

Produktenbörse und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern L. V.

L. G. Berliner Produktenbörse vom 1. März.

Weizen, märk. 264—267, Roggen, märk. 246—249, Gerste 213—241, dto. 192—205, Hafer, märk. 191—199, Mais loco Berlin 183—186, Weizenmehl 34,25—36,75, Roggenmehl 33,75—35,50, Weizenkleie 15,75, Roggenkleie 15,25, Viktoriaerbsen 48—64, kleine Speiseerbsen 32—35, Futtererbsen 22—24, Peluschken 20—21, Wicken 22,50 bis 24, blaue Lupinen 14,50—15,50, gelbe 16—17, Ceradella 25,50—27,50, Rapskuchen 16—18,40, Leinölkuchen 20,70 bis 21, Erbsenkorn 11,80—12, Copyschrot 19,50—20, Kartoffelflocken 29,25—30 M; Tendenz: befestigt.

Landesproduktenbörse.

Die schon seit Wochen auf dem Getreidemarkt beobachtete Zurückhaltung ist auch in abgelauener Woche nicht gewichen. Dabei bleibt greifbare Ware gesucht und ist auch nicht billiger. Vielfach haben Mühlen ihren Bedarf reduziert, da das heutige Mahlen verlustbringend ist. Die Preise sind unverändert: Auslandsweizen (ab Mannheim) 31—32, württ. Weizen 28,25—29,25, Sommergerste 23—26, Ausfuchware in Sommergerste 26,50—27,50, Roggen 25—26,50, Hafer 19,50 bis 20,50, Weizenmehl 42,25—43,25, Brotmehl 33,25 bis 34,25, Kleie 12,50—13,50, Wiesenhfen 7—8, Kleehen 8—9, drahtgepreßtes Stroh 4—4,50 M per 100 Kilogramm.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt.

Dem Dienstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 38 Ochsen (unverkauft 4), 13 Bullen, 239 (10) Jungbullen, 239 (10) Jungriinder, 160 (10) Kühe, 905 Kälber, 1271 (71) Schweine, 20 Schafe. Erlös ans je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 52—56 (letzter Markt 52—56), 2. 45—50 (44—50), 3. 39—42 (38—42), Bullen 1. 51 bis 52 (50—51), 2. 47—50 (46—49), 3. 42—46 (42—45), Jungriinder 1. 55—61 (bis 60), 2. 48—53 (47—53), 3. 42 bis 46 (unv.), Kühe 1. 42—48 (—), 2. 30—40 (30—41), 3. 20—29 (20—30), 4. 15—19 (—), Kälber 2. 79—81 (unv.), 3. 70—77 (unv.), 4. 58—68 (60—68), Schweine 1. 70—71 (69—70), 2. 70—71 (69—70), 3. 69—70 (68 bis 69), 4. 66—68 (bis 67), 5. 64—66 (bis 65), Sauen 50—60 (unv.) Mark. Ueber Notiz wurde für ein Pfund Lebendgewicht erlost: Ochsen 62, Bullen 56,6 Jungriinder 65, Kühe 55, Kälber 88, Schweine 74 M. Markterlauf: mäßig belebt.

Holzpreise.

Unterreichenbach, 1. März. Am Samstag versteigerte die hiesige Gemeinde ihr Brennholz. Dabei wurden unverhältnismäßig hohe Preise erzielt. Buchene Scheiter kamen bis 21,10 Mark pro Km., buchenes Klotzholz bis 19 M, buchene Prügel 16—17 M, tannene Scheiter bis 14 M. Buchene Scheiter waren unter 18 M per Km. gar nicht zu haben. Bei der Versteigerung hatte man manchmal den Eindruck, als ob das Geld gar keine Rolle spiele.

Wo ich irgend
Gelegenheit habe, empfehle ich Ihre Sachen aufs Wärmste..... ab. Ihre Mittel sind auch unerschöpflich großartig.
Frau P. M.
Zeugnis notariell beglaubigt
Wollwurzfluid d. Einreibung, große Fl. M. 2.—, „Spezial“ doppelt. M. 3.—.
Abt Gebhardt's echte Kloster-Lebens-Essenz, das beste Blutreinigungsmittel, M. 2.50.
Fragen Sie heute noch in Ihrer Apotheke oder beim Kloster-Laboratorium Alpirsbach/Wtbg.
Haarspannen repariert
S. Obermatt, Friseur.
Ein bereits neues **Sattelkummet** mit Messingbeschlag, Größe 62 verkauft
Wer, sagt die Geschäfte
da. Bl.

Ausführung und Ausstattung

bedingen den Preis bei jeder Drucksache.
Wenn Sie eine tadellose Druckarbeit wünschen, dann bestellen Sie doch Ihre

Druckarbeiten

in der

Tagblatt- Buchdruckerei Calw

Fernsprecher 9 Lederstraße 151

Gruis'sches Augenwasser
seit anno 1785
bewährtes Hausmittel bei Bindehaut-Katarrh, schmerzhaften, verklebten Augenlidern, feuchten Augenentzündungen, tränenden, schwachen oder überanstrengten Augen (Brennen, Filmern) usw.
Zu haben in den Apotheken à M. 1.40 die Flasche
Jac. Friedr. Gruis, Heilbronn a. Neckar

Woll-, Wasch- und Seidentoffe
Manchester und Samt
Lampenschirmseide, Posamenten
:Besagartikel, Kurzwaren und:
Arbeitsanzüge empfiehlt
Frau Karl Eberhard Ww.
beim Städtischen Waghäusle
Filiale von Emil Fell, Stuttgart

Ämtliche Bekanntmachungen.

W. Oberamt Calw.

Am 6. März 1927 (Landesbustag), Palmsonntag, Gründonnerstag, Karfreitag, Karfreitag und am Ostermontag sind öffentliche Lustbarkeiten (Lichtspiele, Konzerte mit Wirtschafts- oder Kaffeebetrieb, Sportwettkämpfe usw.) verboten.

Deffentl. Tanzunterhaltungen können auch an anderen Sonntagen der Fastenzeit nicht gestattet werden, sonntägliche Tanzunterhaltungen geselliger Vereine und geschlossener Gesellschaften nur in ganz besonderen Fällen und auf Befürwortung der Ortspolizeibehörde. Dieselben Grundzüge werden als Oberamt auf Gesuche um Tanzerlaubnis an den Werktagen der Fastenzeit anwenden.

Calw, den 1. März 1927.

Oberamt: Nagel, Amtmann.

Bad Liebenzell.

Die Stadtgemeinde bringt im Submissionsweg



158 Fektmeter
(Tanne, Fichte u.
Fichte) 1.—6. Kl.

zum Verkauf.

Bindende schriftliche Angebote in Prozenten der Landesgrundpreis bis spätestens 4. März nachmittags 6 Uhr erbeten.

Stadtpflege.

Stadtgemeinde Wildberg.



Laubstamm-
holz-Verkauf.

Am Samstag, den 5. März 1927 kommen aus den Stadtwaldungen Kengel, Dalsching und Endhalbe zum Verkauf:

90 Stück Eichen mit zus. Fm. 4,90 III.; 14,23 IV.; 10,38 V.; 2,18 VI. Kl.

16 Stück Linden mit zus. Fm. 0,20 IV.; 1,24 V.; 0,30 VI. Kl.

4 Stück Birken
5 Stück Weißbuchen } zus. Fm.
1 Stück Rotbuchen } 0,57 III.; 1,07 V.;
1 Stück Nipen } 0,82 VI. Kl.

17 Stück eichene Wagnerstangen I. Kl.;
10 Stück birken Wagnerstangen I. Kl.

Zusammenkunft vormittags 8 Uhr beim Rathaus. Auszüge sind vom Stadtschultheißenamt erhältlich.

Stadtschultheißenamt.

Beet-, Stelz- u. Wendepflüge
in verschiedenen Fabrikaten

Uder-, Saat- u. Wieseneggen
Glatt- und Ringelwalzen

liefert in nur bester Ausführung

Wilh. Wackenhuth

Fernsprecher 142 Calw Fernsprecher 142

Lampenschirm-Gestelle elektrisch
geschweißt



30 Zentimeter Durchm. 1.10 Mk.
50 " " " 2.00 Mk.
60 " " " 2.80 Mk.
70 " " " 3.40 Mk.

In. Japan-Seide 4.80 Mk., In. Selben-Staff 1.80
Mk., sowie sämtliche Besatzartikel, wie Seidenstrümpfen,
Schürze, Rüschen, Wischband usw., sowie fertige
Schürze in großer Auswahl billig. Ferner Tischlampen,
Nachtlischlampen, Zuglampen, Schlaf-Ampeln etc.

Maria Fuchs, Calw, Hermannstraße 853.

Einem Mord-

Handel gibt es öfter in der Familie, wenn die Böden
schlecht gewahrt werden und der Geruch nach Stunden nicht
verschwindet. Die kluge Hausfrau nimmt daher nur
Bichse Marke Suwel. Es reinigt, wäscht gleich-
zeitig und kann sofort
geleuchtet werden. Der lästige Geruch ist in einer 1/2 Stunde
verschwunden. Suwel ersetzt gleichzeitig die teuren
Möbelauflösungsmittel.

In haben in allen einschlägigen Geschäften.

Zeigwaren

sind die Besten nur im
Konsumverein.

Schön gespaltenes Holz
der Zentner 2.50 Mark liefert auf die Bühne die
Wanderarbeitsstätte.

Anweisungen erteilt die

Oberamtspflege, Fernsprecher Nr. 160.

Zurück

Dr. Giggelberger, Augenarzt
Pforzheim, Leopoldstraße 1
Telephon 1483.

Schönen frischen
Rosen-Kohl
Pfund 50 Pfg.
empfiehlt
Chr. Hägele
Telephon 204.

Gesucht wird auf 15. März
oder 1. April 15—16jähr.
kräftiges
Laufmädchen
Bischoffstraße 499
I. Stock links.

Leigener Stad
1 Meter Durchmesser, sowie
mehrere kleinere
verkauft billig
Gottlieb Bihler.

25 Wochen trächtige
Kalbin
verkauft
Michael Kappler
Oberkollbach.

Gebrauchte
Schrotmühle
für Kraftbetrieb
zu kaufen gesucht.
Angebote an die Geschäfts-
stelle ds. Bl. erbeten.

Pfannkuch
Eingetroffen:
Frische
Cabliau
28
Pfund im Anschnitt 30

Süß-
Bücklinge
25
Pfd. 25 Pfg.

5-Pfund-
Riste 120
geräucherte
Schellfische
40
Pfund

frisch gewässerte
Stock-Fische
30
Pfund

Pfannkuch

Lichtspieltheater Badischer Hof

Donnerstag, Freitag und Samstag,
je abends 8 Uhr
das mit größter Begeisterung
aufgenommene Filmwerk

Bismarck

II. Teil

II. Teil

welcher die weltgeschichtlichen Ereignisse wie: Uebergang nach
Asien; Aufzug der Wache am historischen Eckfenster; Deutsch-
französischer Krieg; Todesritt bei Mars-la-Tour; Kaiser-
Proklamationen zu Versailles; Einzug der siegreichen Truppen
durch das Brandenburger Tor; Berliner Kongress d. h. die
Ereignisse von der Ernennung Bismarcks zum Ministerprä-
sidenten bis zu seinem im Jahre 1898 erfolgten Tod umfasst.

In der Hauptrolle: Robert Leffler als Bismarck, Adolf
Klein als Kaiser Wilhelm I., Eugen Moebius als
Moltke, Erna Morena als Fürstin Bismarck.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß der II. Teil
des Bismarck-Films unabhängig vom I. Teil besichtigt
werden kann. Sowie die

Neueste Emelka-Wochenschau.

Serva-
Kaffee

best. Mischungen
stets
frisch gebrannt
C. Serva, Calw
Fernsprecher Nr. 120

Sch kaufe laufend
Lumpen, alt Eisen,
Metall,
Rigselle u. Rigschen
zu hohen Preisen.
E. Burkhardt.
Nonnengasse.

4—5 Zimmer-
Wohnung
wird von hiesiger ruhiger
Familie auf 1. Juli zu
mieten gesucht.
Gestl. Angebote werden
erbeten unter N. B. Nr. 150
an die Geschäftsst. ds. Bl.

Calwer Lieberkraut
Heute abend
8 Uhr ist
Singstunde
im Bad. Hof.
Vollzähl. Er-
schelmen wird erwartet.
Vorstand: Stüber.

Für wenig Geld
können Sie das Beste haben.

Rama

MARGARINE
butterfein

Meistgekaufte Margarine-Markte Deutschlands
Die Qualität siegt!

1/2 lb nur 50 Pfg.
Beim Einkauf „Kinderzeitung“, „Die Rama-Post vom kleinen Coo“
oder „Die Rama-Post vom lustigen Flips gratis.“